Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Klärungen in Ost und West ; Abwendung vom Kalten Krieg ; Erstarrte Fronten in den USA ; Englischer Zwiespalt ; Frankreich und Algerien ; Deutsche Unbelehrbarkeit ; Vorläufige Bilanz

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140092

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Klärungen in Ost und West Man wird es uns – dem Kreis um die «Neuen Wege» – kaum übelnehmen, wenn wir angesichts der Wendung, die die Zeitgeschichte zu nehmen scheint, das Gefühl einer gewissen Genugtuung nicht unterdrücken können. Genugtuung freilich nicht als kleinlich-persönliche Befriedigung darüber, daß die Ereignisse uns immer deutlicher «Recht geben», sondern als die tiefe Freude derjenigen, die jahrelang gegen alle Anfeindungen und Widerstände für eine *Sache* gekämpft, eine *Wahrheit* vertreten haben und nun erleben dürfen, daß durch das Walten der Macht, die hinter aller Geschichte steht, diese Sache in siegreichem Durchbruch begriffen ist, diese Wahrheit von immer mehr Menschen erkannt und anerkannt wird – gerade auch von vielen ihrer früheren Bestreiter – und sich die Lügennebel zu zerteilen beginnen, die so schmerzlich lange auf der Welt gelastet und die klare Sicht auf die gewaltigen Entwicklungen und Umwälzungen im Leben der Völker getrübt haben.

Wir haben – um es mit ein paar Stichworten nur anzudeuten – in freier Weiterführung der schon von Leonhard Ragaz gezogenen Linie zu zeigen versucht, daß die Revolution, die sich im europäischen und asiatischen Osten vollzieht, nicht mit Anklagen gegen ihre Gewalttätigkeit abzutun ist, vielmehr einen großen, tiefen, *positiven* Sinn hat, den wir freudig bejahen müssen. Wir haben es abgelehnt, den Kampf zwischen «Ost» und «West» auf einen solchen zwischen der «freien Welt» und den düsteren Mächten von Diktatur, Terror und Unmenschlichkeit reduzieren zu lassen, vielmehr die ungeheure Schuld des Westens, seiner Demokratien und seiner Christenheit am Gewaltgeist und an den Gewaltmethoden des Ostens hervorgehoben, eine Schuld, die zuerst abgetragen werden müsse, bevor die Umwälzung im Osten (wie auch in Afrika und Lateinamerika) auf eine neue Bahn geführt werden könne.* Wir haben darum namentlich auch die Unwahrheit der Behauptung aufgedeckt und zurückgewiesen, daß die Sowjetunion seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Politik militärischer Ausdehnung und Welteroberung betrieben habe, gegen die sich der Westen mit immer vollkommeneren Kriegsrüstungen zur Wehr zu setzen gezwungen gewesen sei, haben vielmehr klarzumachen gesucht, daß vor allem die Vereinigten Staaten gleich nach Roosevelts

* Im französischen «Christianisme social» (März/April-Heft 1956, Seite 280) finden wir die gleiche Mahnung: «Begreifen wir doch, daß der Kommunismus überall das versagende Christentum ablöst! Weil die Christen untreu gewesen sind, wenden sich die enttäuschten, betrogenen, unterdrückten Völker denen zu, die – wenigstens bisher – ihre Versprechungen gehalten und der Hoffnung der Menschen zu entsprechen verstanden haben.»

Tod die alte gewalttätig-gegenrevolutionäre Politik des Westens planmäßig neu aufgenommen und weltweit ausgedehnt haben im Bestreben, die sozialistische Umwälzung, der sie sonst nicht Herr zu werden hoffen durften, mit Anwendung oder mindestens Androhung militärischer Gewalt zu verhindern. Wir haben das Verhängnis, ja das Verbrechen dieses Weges aufgezeigt und zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vom Geist und von der Wirtschaft her aufgefordert, den Christen ihre besondere Pflicht und Verantwortung einschärfend. Und wir haben immer auch unseren Glauben ausgesprochen, daß in dem Maße, da die soziale Revolution in den Ostländern innerlich gefestigt und von außen her nicht mehr bedroht werde, auch das Diktaturregiment gelockert und schließlich überwunden werde.

Und nun erfahren wir sozusagen Tag um Tag, wie sich auch in der übrigen westlichen Welt ein Wandel im Denken vollzieht, wie sich eine neue Art, die Dinge zu sehen, herausbildet, wie das Verhalten gegenüber dem Osten immer entschiedener aus den alten Geleisen herausdrängt – auf eine Bahn, auf der schließlich doch so etwas wie ein friedliches, ja freundschaftliches Zusammenleben der beiden Lager möglich sein sollte. Ist das nicht eine wunderbare Bestätigung unseres Glaubens, eine großartige Verheißung, die endgültig wahr zu machen unsere vornehme Aufgabe ist – eine Aufgabe, bei deren Erfüllung wir die weltüberwindende Kraft des höchsten Gutes auf unserer Seite haben?

Lassen wir uns darum nicht von der glaubenslosen, oft zynischen Skepsis derer beirren, die «im Osten nichts Neues» entdecken zu können versichern und sich nur ärgern, daß ihnen mehr und mehr die wonnig-gruslige Lust genommen wird, der Welt das Bild des sowjetischen «Verbrecherstaates» vor Augen zu führen, gegen den sie ihre «Polizei» bereitzuhalten nicht nachlassen dürfe. Wie häßlich nimmt sich doch beispielsweise die Erklärung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (vom 11. April) aus, die allem, was in der Sowjetunion gesagt und getan wird, einfach die Ehrlichkeit abspricht und weder an Friedensabsichten noch an wirkliche Volkswohlarbeit der russischen Kommunisten glaubt, «da Waffen und Atombomben der Partei das Höchste» und «Krieg und Gewalt Helfershelfer der kommunistischen ‚Revolution' sind»! Stellen wir – um von vielen ungefähr gleichlautenden Zeugnissen wieder nur das eine herauszugreifen – dieser Erklärung die Berichte gegenüber, die eine Abordnung der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs (die wahrlich antikommunistisch genug eingestellt ist) über ihre Reise in die Sowjetunion erstattet hat. Etwa diese Feststellungen:

«Das politische Klima hat sich beträchtlich geändert ... Das Streben, eine wirkliche Gesetzlichkeit aufzurichten, den Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat zu dezentralisieren, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen, der Isolierung der Sowjetunion ein Ende zu machen, sich den Westländern zu nähern – dieses Streben scheint sich mir erheblich zu verstärken ... Erlasse sind herausgekommen oder in

Vorbereitung, um die Polizeiwillkür zu beschränken; man sucht die Starrheit des Fünfjahresplanes zu lockern und schenkt den alljährlichen Vorhersagen für Industrie und Handel mehr Aufmerksamkeit.» (Oreste Rosenfeld im «Observateur», 31. Mai.)

In der gleichen Nummer des Pariser Blattes erklären sich Charles Hernu und Alain Courdon von der Aufrichtigkeit Chruschtschews überzeugt, der ihnen gesagt habe, die Losungen von Frieden und Koexistenz könnten doch unmöglich ausgegeben werden, wenn das Sowjetvolk und die Rote Armee psychologisch auf den Krieg und auf einen militärischen Sieg vorbereitet würden. Und wirklich, wie will man die angeblichen Kriegspläne der Sowjetführer erklären, wenn die gleichen Führer nicht müde werden, ihr Volk zum Glauben an einen dauernden Frieden und an eine stetige Hebung seiner Lebenslage zu erziehen?

Vielleicht noch greifbarer sind, wie ich schon in der Mai-Rundschau bemerkte, die Änderungen, die in den *osteuropäischen Volksrepubliken* vor sich gehen. Auf Grund unmittelbarer Eindrücke an Ort und Stelle stellt Pierre Grosclaude in der religiös-sozialen «Cité Nouvelle» (Nr. 228) fest:

«Es weht jetzt in allen Volksdemokratien ein liberaler, fast möchte ich sagen ein Freiheitswind, und dieser Wind ist noch kräftiger an den Ufern der Weichsel als in Prag, Budapest oder Sofia ... Heißt das, daß sich die ‚Satelliten' bald von der Sowjetunion trennen und sich in gänzlich unabhängige Nationen verwandeln werden? Offensichtlich nicht, da die Sowjetunion diese Wandlungen, diesen Wechsel der Atmosphäre geschehen läßt und sogar noch fördert ... Man kann sich die Wichtigkeit der Ereignisse nicht verhehlen, die sich gegenwärtig im Schoße der Nationen des Ostblockes vollziehen, von Ereignissen, deren Folgen und Auswirkungen wir noch nicht klar zu erkennen vermögen, die aber geeignet sind, eine rasche Besserung der Beziehungen zwischen Ost und West herbeizuführen und – das liegt klar am Tag – das europäische Klima zu verändern.»

Ähnlich lauten andere Berichte über die östlichen Volksrepubliken, wobei jedoch abermals bemerkt sei, daß es unsinnig wäre, eine vollständige Beseitigung des Diktaturregimes zu verlangen, solange die sehr wirkliche Gefahr einer Überflutung dieser Länder (wie auch der Sowjetunion) mit westmächtlicher Propaganda und ihrer politischen Entmachtung oder Herüberziehung ins westmächtliche Militärlager besteht. Wenn es also der Westen beklagt, daß in den Ostländern von «wahrer» Demokratie, mit Presse- und Versammlungsfreiheit, Mehrparteiensystem, ungehindertem Oppositionsrecht, unbeeinflußten Wahlen und dergleichen, auch jetzt noch nichts zu spüren sei, so mag er sich nicht nur fragen, ob die politische oder gar die soziale Demokratie in seinem eigenen Lager auch nur irgendwie befriedigend verwirklicht sei; er muß vielmehr vor allem dafür sorgen, daß die Bürgerfreiheiten, deren Gewährung er vom Osten verlangt, nicht einfach nur ein Mittel würden, um die sozialistische Revolution zu zerstören, den Osten wieder dem «freien Unternehmertum» zu öffnen und den Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» doch noch zu verwirklichen. Den Völkern des Ostens *helfen*, über die rohen Methoden der Revolutionie-

rung und Modernisierung ihrer gesellschaftlichen Lebensformen hinauskommen, nicht mit heuchlerischen Freiheitsforderungen, die man in den kapitalistischen «Demokratien» so wenig ernst nimmt wie in den Ländern ihrer feudal-diktatorischen Bundesgenossen (Spanien, Südamerika, Türkei, Persien, Formosa zum Beispiel) und weithin auch in den eigenen Kolonien, seinen weltpolitischen Machtbereich ausdehnen wollen – *das* wäre jetzt die Aufgabe des «freien», «christlichen» Abendlandes!

Abwendung vom Kalten Krieg Unsere abgebrühten Realpolitiker denken natürlich nicht von ferne daran, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Adenauer beispielsweise hat in seiner Rede an der Yale-Universität (in New Haven, am 11. Juni) nur wieder geklagt, daß sich die Sowjetunion weiterhin weigere, «die geistigen Grundsätze anzunehmen, welche die Grundlage der freien Welt bilden», und Moskau beschuldigt, nur neue Formen und Methoden zu benützen, «um die alten Ziele des bolschewistischen Regimes – die Beherrschung der Welt durch den Kommunismus – sicherer und mit weniger Opfern zu erreichen . . . , die Wachsamkeit der freien Welt einzuschläfern und ihre Verteidigungsbereitschaft zu schwächen». Dulles und (in weniger schroffer Weise) auch Eisenhower und Eden reden nicht wesentlich anders, und der Chef der strategischen Luftwaffe der Vereinigten Staaten, General Lemay, warnte erst kürzlich noch (nach einer Meldung vom 27. Mai) eindringlich vor der wachsenden militärischen Stärke der Sowjetunion, die von 1959 an über doppelt so viele Bomber mit großer Reichweite verfügen werde wie Amerika und durch einen Überraschungsangriff die Vereinigten Staaten dann ohne weiteres besiegen könne. Ja, die NATO kündigt sogar die Ausführung eines neuen großen Programms für den Bau von Militärstützpunkten, Flugplätzen usw. im Kostenbetrag von 263 Millionen Dollar an, wobei 106 Millionen Dollar allein auf den Bau von Flugstützpunkten in Deutschland entfallen sollen. Schon jetzt seien 140 Flugplätze der NATO verwendungsbereit und durch ein Röhrenleitungssystem von rund 2000 Kilometern Länge miteinander verbunden. Im ganzen habe die NATO in den letzten fünf Jahren 2,38 Milliarden Dollar für die Verteidigung der freien Welt gegen die Gefahr von Osten ausgegeben.

Aber der Glaube an russische Angriffsabsichten schwindet im Westen doch sichtlich und rasch dahin – auch in den Vereinigten Staaten, wo man immer offenherziger und ohne Furcht vor der Verfemung durch irgendeinen «Loyalitäts»-Ausschuß die Geschichte der letzten zehn Jahre neuzuschreiben beginnt. Bezeichnend dafür ist ein Aufsatz, den Professor W. A. Williams von der Universität Oregon unlängst (am 5. Mai) in der «Nation» veröffentlicht hat und in dem er besonders nachdrücklich die beliebte Vorstellung zurückweist, daß die

Sowjetunion dank ihrer militärischen und wehrwirtschaftlichen Überlegenheit über den Westen nach 1945 eine tödliche Gefahr für die «freie Welt» gewesen sei. Die Zentraltatsache der damaligen Lage, aus der Trumans «Eindämmungspolitik» gegenüber der Sowjetunion erwachsen ist, war nach Professor Williams in Wirklichkeit nicht die militärische Überlegenheit der Russen, sondern

«Amerikas einseitiger Besitz der technischen und militärischen Fähigkeit, Atombomben herzustellen und abzuwerfen. Außerdem hatten die Vereinigten Staaten eine größere Kriegsflotte als der ganze Rest der Welt; eine Armee, die mit den fortgeschrittensten und beweglichsten Waffen geschult, ausgestattet und im Kampfe geübt war; die einzigen unversehrten Industrieanlagen und unangetasteten Leitungs- und Arbeitskräfte der Welt; und die Verfügung über zahlreiche Militär- und Wirtschaftsstützpunkte von Deutschland an rings um die Sowjetunion herum bis Japan.»

Die Behauptung, die Vereinigten Staaten hätten damals abgerüstet, die Sowjetunion aber nicht, bezeichnet der Verfasser als irreführend, in Wahrheit sei die Sowjetunion absolut und relativ weit schwächer als Amerika gewesen:

«Ihr Unterschied gegenüber den Vereinigten Staaten war allseitig und unbestreitbar: keine Atomrüstungen; keine strategische Bomberwaffe; keine ‚Blauwasserflotte'; ein verwüstetes und zerrüttetes Industrie- und Verkehrssystem; eine niedergewalzte Landwirtschaft; eine traurige, müde und erschlaffte Bevölkerung. Die Armee aber musterte im Jahre 1947 nach einem Bericht von General Gruenther nicht einmal drei Millionen Mann und war nicht mit neuen Waffen ausgerüstet, die sich hätten mit denjenigen Amerikas messen können, denn die russische Wirtschaft war auf Friedensproduktion umgestellt worden, und ihre Leistung war gering.»

Kein Wunder, daß Stalin, wie am letzten Parteitag der sowjetischen Kommunisten enthüllt wurde, nach dem Krieg die Vereinigten Staaten in aller Form um eine Anleihe von sechs Milliarden Dollar ersucht und Molotow neulich gestanden hat, im Kreml habe sich damals niemand träumen lassen, daß Rußland in bloß zehn Jahren eine derartig starke Stellung einnehmen würde.

Die augenscheinliche Schwäche und Hilfsbedürftigkeit der kriegsverwüsteten Sowjetunion war es also, was die Regierung der Vereinigten Staaten, im Vertrauen auf ihr Atombombenmonopol, verleitete, sich zur Vorkämpferin des neuen antikommunistischen Kreuzzuges aufzuwerfen. George Kennan, damals Chef der Planungsabteilung des Staatsdepartements, entwarf sein Projekt der gewaltsamen Eindämmung der Sowjetmacht in der Überzeugung, die militärische und wirtschaftliche Überlegenheit der USA werde die Sowjetunion von innen her erschüttern und aufweichen, vielleicht sogar das ganze Sowjetregime zum Einsturz bringen. Präsident Truman verkündete und praktizierte im Einklang mit diesem Plan die Lehre vom militärischen Zuschlagen gegen jede Ausdehnung des kommunistischen Einflusses, vom amerikanischen Eingreifen in Griechenland an bis zu den Kriegen in Korea und Indochina. Und schon vorher hatte Churchill in seiner Fulton-Rede den Westen zum großen Kampf gegen den Welt-

kommunismus aufgerufen, ein paar Jahre später (1949) in Boston noch deutlicher aussprechend (nach einem zeitgenössischen Kommentar), daß sich entweder Rußland radikal wandeln müsse oder der Westen eine Präventivkrise herbeiführen werde, bevor der Kreml ebenfalls im Besitz der Atombombe sei. Die ganze Nachkriegspolitik der Westmächte – NATO, Südostasien- und Mittelostpakt, forcierte Aufrüstung, Befreiung der Ostvölker usw. – war im Grunde nur die Ausführung dieses Gedankens, auch nach der Herstellung der Atombombe durch die Russen.

Erst als die Sowjetunion auch die Wasserstoffbombe nachmachte, setzte die große Wendung ein. Kennan erzählt heute, seine Eindämmungstheorie sei damals mißverstanden worden; in Pittsburgh erklärte er letzthin, eine neue amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion sei «entschieden überfällig», und die Vereinigten Staaten müßten «eine gelockertere und normalere Haltung» gegenüber den Russen einnehmen. Ähnliche Feststellungen und Forderungen kann man jetzt zu Dutzenden in der amerikanischen Presse lesen und im Radio hören. Sogar Churchill beginnt seine Hefte zu revidieren; seine in Aachen gemachte Andeutung, der Westen müsse eine spätere Aufnahme der Sowjetunion in die NATO ins Auge fassen, hat von Bonn bis Washington nicht wenig Verdruß erregt. Und wenn auch Truman anscheinend auch als Pensionierter an seiner Eindämmungsdoktrin festhält, so hat dafür sein Nachfolger Eisenhower an der «großen» Genfer Konferenz mindestens theoretisch die Folgerung aus der neuen Lage gezogen, indem er den Krieg als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» feierlich ächten half.

Gewiß, für sehr viele ehemalige Verfechter der «Eindämmungs»- und nachher der «Befreiungspolitik» gegenüber dem kommunistischen Osten sind eben die Trauben sauer geworden; sie möchten schon gern mit den Russen (und Chinesen) gewaltsam abrechnen und schrekken nur vor den Rückwirkungen auf ihre eigenen Völker zurück. Aber Tatsache bleibt dennoch, daß die seelische Entspannung und Entkrampfung, die aus der Einsicht in die Unmöglichkeit eines siegreichen Krieges gegen den Osten erwachsen ist, eine neue, wirklichkeitsgemäßere Schau auf die Zeitereignisse ermöglicht hat und auch die Vergangenheit schon weithin in einem anderen Lichte sehen läßt, als die Zweckpropaganda des konservativen Westens sie darzustellen suchte. Was Mendès-France vor einigen Wochen in einem Zürcher Vortrag sagte, wird immer mehr zur gemeinsamen Erkenntnis auch sonst sehr bürgerlich-kapitalistisch eingestellter Westeuropäer und Amerikaner:

«Eine neue Phase der modernen Geschichte hat begonnen, in der ein Kampf von vorwiegend wirtschaftlichem Charakter den Kalten Krieg ablöst... Der Zeitpunkt ist gekommen, da niemand mehr sich denken kann, daß die Russen wirklich das Risiko eines blutigen Konfliktes auf sich nehmen würden... Die Männer, die seit Kriegsende die atlantische Verteidigung organisiert und überall die kommu-

nistische Expansion aufgehalten haben, müssen erkennen, daß keine Zeit verloren werden darf bei der Verlegung der Anstrengungen auf die wirtschaftliche Auseinandersetzung.» (Vgl. «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 1549.)

Oder wie es der «New Statesman» ausdrückt (2. Juni):

«Die Wahrheit ist, daß der Kalte Krieg beide Seiten in eine tödliche Sackgasse geführt hat, in der sie nur die Wahl haben, umzukehren oder bis zur gegenseitigen Vernichtung weiterzugehen. Aus einer Reihe von Gründen haben sich die Sowjetführer zur Umkehr entschlossen, und ihr Vorgehen hat die Vereinigten Staaten am Ende einer Sackgasse gelassen, umgeben von einer Mauer von Waffen und politischen Maßnahmen, die die neue Sowjetdiplomatie einfach mißachtet und umgeht ... Der Westen muß sich der neuen Herausforderung raschestens anpassen oder unter dem Druck ihrer Sprengwirkung zerfallen.»

Erstarrte Fronten in den USA Trotz aller Auflockerung der öffentlichen Meinung des Westens kann freilich von einer solchen Anpassung an die neue Lage bei den verantwortlichen *Regierungen* noch keine Rede sein. Wohl macht man besonders in den *Vereinigten Staaten* viele Worte über eine «Neudefinierung der Außenpolitik» und über die Notwendigkeit einer vermehrten, wirklich durchgreifenden Wirtschaftshilfe an die unterentwickelten Länder. Aber in der Hauptsache ist es eben bei den Worten geblieben; die Regierung hat bisher nicht einmal eine bescheidene Erhöhung ihrer finanziellen Leistungen an die Verbündeten und Freunde Amerikas im Kampf gegen den «roten Osten» durchsetzen können, und eine auch nur symbolische Rüstungsverminderung kommt für sie selbst überhaupt nicht in Frage. Mit etlichen Milderungen – wie der Streichung zahlreicher Artikel von der Liste der «strategisch wichtigen Güter», die nicht in die kommunistischen Länder ausgeführt werden dürfen – wird die alte Politik des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Antikommunismus grundsätzlich fortgesetzt; ja ihre Träger schmeicheln sich sogar, daß sie damit bisher nur Erfolg gehabt hätten. Der Westen, so meinte Präsident Eisenhower, habe tatsächlich den Kalten Krieg gewonnen; er habe die Kommunisten in Korea und Vietnam zum Stehen gebracht, die Krisen in Persien, Ägypten, Triest, Guatemala (!) usw. überwunden und die Sowjetunion gezwungen, wenigstens nach außen hin der Welt ein anderes Gesicht zu zeigen.

Es braucht hier nicht mehr weiter dargelegt zu werden, wie groß die Selbsttäuschung der amerikanischen Staats- und Militärführer ist, die aus solchen Worten spricht. Und erst die erneute demonstrative Solidarisierung der amerikanischen Regierung mit der stur-bornierten Politik Adenauers, des «Architekten eines neuen Deutschland, eines neuen Europa, ja hoffentlich einer neuen Welt» (wie Dulles den westdeutschen Bundeskanzler nannte) – welch groteske Verkennung der wirklichen Lage drückt sich darin aus! Aber schließlich wird die amerikanische Außenpolitik eben von den Klassen- und Machtinteressen einer kapitalistischen Oberschicht bestimmt, die zwar keineswegs ein-

heitlich und geschlossen ihre Ziele verfolgt, aber doch in zwei entscheidenden Punkten einig ist: im Streben, die Herrschaft des «freien Unternehmertums» (wie drüben die zunehmend monopolistische Privatwirtschaft ironisch geheißen wird) über die ganze Welt zurückzugewinnen, und in der Aufrechterhaltung eines gewaltigen Rüstungsapparats als des bequemsten Mittels, die «Überschußproduktion» der technisch so hochentwickelten amerikanischen Industrie loszuwerden und eine neue tiefe Wirtschaftskrise zu vermeiden. Die fortdauernde Erhöhung der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft bei gleichzeitiger Verengerung des Absatzmarktes, der Rohstoffquellen und der Kapitalanlagemöglichkeiten erschwert ja die Lage des USA-Kapitalismus zusehends. «Eine neue technische Revolution ist im Gang», wie die «Cahiers Internationaux» (Maiheft) im Blick auf die Vereinigten Staaten durchaus zutreffend feststellen:

«Die Ertragssteigerung macht bereits die Widersprüche des Systems fühlbar, und der Fall der amerikanischen Landwirtschaftserzeugnisse ist bezeichnend mit seinen Ergebnissen: Senkung der Lebenshaltung der Bauern, inflatorische Staatsausgaben zur Stützung der Preise, Aufhäufung von nicht absetzbaren Vorräten. Die Automatisierung der Industrie, die erst in ihren Anfängen steht, wird die Frage der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in verschärfter Form stellen ... Die Erschließung der neuen Kraftquellen wie der Atomkraft läßt neue Widersprüche und neue Konflikte mit den Interessen voraussehen, die mit den alten Kraftquellen, zum Beispiel dem Erdöl, verknüpft sind. Auch die Folgen der raschen Entwicklung synthetischer Stoffe sind noch nicht zu übersehen. Glaubt man, daß die Gegenden, deren Wirtschaft auf der Woll- und Baumwollproduktion beruht, die Konkurrenz der neuen Kunsttextilien nicht schmerzlich spüren werden? Gleichzeitig gefährden die Krise des Kolonialismus und das allgemeine Erwachen der schlafenden Nationalitäten die Rohstoffquellen und die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte, was noch mehr zu einer Umstellung der Beziehungen zwischen kapitalistischen Industriestaaten und unterentwickelten Nationen zwingt, die die Konkurrenz der sozialistischen Länder bereits auf die Tagesordnung gesetzt hat.»

Zum *militärischen* Versagen der «Politik der Stärke» gesellt sich so für die Vereinigten Staaten (und für die kapitalistische Welt überhaupt) eine zunehmende *wirtschaftliche* Bedrängung und Bedrohung des alten Regimes. Auf die Unwahrscheinlichkeit eines kapitalistischen Sieges in dem nun eröffneten Wettkampf mit mehr oder weniger sozialistischen Wirtschaftsformen haben wir schon wiederholt hingewiesen; eine Hilfe an die unterentwickelten Völker Asiens und Afrikas im besonderen, die so eng mit dem Profitdenken und damit dem Kolonialismus und Imperialismus verwachsen ist wie die amerikanische Auslandshilfe, wird gegen die Methoden der sowjetischen Wirtschaftsoffensive schwerlich aufkommen. Anderseits machen die Ergebnisse des kapitalistischen Systems in den Vereinigten Staaten, seinem heutigen Kernland, durchaus keine Reklame für die «freie Wirtschaft». Edgar Snow macht in der «Nation» (12. Mai) mit Recht darauf aufmerksam, daß Amerika allen Grund hätte, ein Hilfsprogramm für seine eigene Bevölkerung aufzustellen, bevor es andere Völker von der Vortreff-

lichkeit seiner Lebens- und Gesellschaftsform zu überzeugen suche. «Ausländische Beobachter», so schreibt er,

«dürften bemerken, daß wir in den Vereinigten Staaten trotz einer beispiellosen Hochkonjunktur immer noch Millionen von Menschen jeden Alters haben, die unter dem Mindestmaß dessen leben, was hier zur Erhaltung eines befriedigenden Gesundheitszustandes als notwendig erachtet wird. Nach einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der Franklin-D.-Roosevelt-Stiftung leben 19 Prozent aller städtischen ‚Verbrauchereinheiten' – 24 Millionen Menschen, mehr als die Bevölkerung von Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz zusammen – auf einem Niveau, das ‚unter den geltenden Normen eines Mindestgenügens' liegt ... Wir haben 22 Millionen Menschen mit einem Durchschnittseinkommen von unter 420 Dollar im Jahr, rund 42 Millionen mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als 700 Dollar und fast 60 Millionen mit weniger als 970 Dollar im Jahr.»

(Als Existenzminimum für eine «Normalfamilie» von vier Köpfen sind für 1955 von der amerikanischen Sozialstatistik rund 5000 Dollar jährlich errechnet worden.)

Anderseits steht nach zuverlässigen Feststellungen (es wird unter anderen Autoritäten Lewis L. Strauß, der Präsident der Atomkraftbehörde der Vereinigten Staaten, angeführt) das amerikanische Volksschulwesen im ganzen genommen auf einer bedenklich niedrigen Stufe. Schon heute fehlen etwa 140 000 Lehrkräfte (zum Teil wegen der miserablen Bezahlung, die ihnen geboten wird) – und dabei wird im Jahr 1960 die Schülerzahl in den Primarschulen um 53 Prozent höher sein als 1955, in den Sekundarschulen im Jahr 1960 um mindestens 70 Prozent höher als letztes Jahr. In 25 Prozent der amerikanischen Sekundarschulen wird weder Physik noch Chemie noch Geometrie gelehrt. Nach Admiral Rickover hat gegenwärtig die amerikanische Industrie 40 000 Ingenieure zu wenig und braucht künftig noch mindestens 30 000 Ingenieure jährlich. Nicht einmal die Hälfte der begabtesten Sekundarschüler tritt in die höheren Schulen (Colleges) ein, und von den Collegestudenten brechen durchschnittlich 250 000 ihr Studium nach einem Jahr ab. Bezeichnend ist auch, daß das amerikanische Volk für «Comic»-Bücher mehr Geld ausgibt als für sämtliche Lehrbücher in den Primar- und Sekundarschulen. Für Reklame wendeten die Vereinigten Staaten im Jahr 1951 je Familie 199 Dollar auf gegen 152 Dollar für Bildungsausgaben.

Ja glaubt man wirklich, die unterentwickelten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehnten sich nach einem Lebens- und Bildungsniveau, wie es ganz große Teile der Bevölkerung der Vereinigten Staaten aufweisen, des Musterlandes der «freien Welt», das nach anderthalb Jahrhunderten technisch-industrieller Entwicklung auf kapitalistischer Grundlage noch nicht weitergekommen ist? Die herrschende Klasse in den USA weiß selber am besten, wie brüchig die Ordnung ist, auf der ihr Reichtum und ihre Machtstellung zu Hause und in der Welt draußen beruhen. Sie weiß, daß ihr Wirtschaftssystem mit immer wachsenden inneren Schwierigkeiten und äußeren Hemmungen zu

kämpfen hat und schon längst wieder von einer gewaltigen Krise erschüttert würde, böten ihm nicht die ungeheuerlichen Kriegsrüstungen eine (vorerst) zuverlässige Stütze und Sicherheit. Gerade darum aber ist sie entschlossen, eine Außenpolitik fortzuführen, die täglich die «Notwendigkeit» dieser Rüstungen beweist und die Hoffnung aufrechterhält, daß der ganze sozialistisch-kommunistische Spuk doch noch einmal verfliegen und die Welt dann dem tüchtigen, dollarmachenden, freien Unternehmer zu Füßen liegen werde. Solange das kapitalistische Großbürgertum in den Vereinigten Staaten herrscht und seine Herrschaft von den Mittelschichten und dem Hauptteil der Arbeiterschaft gestützt wird, ist an eine entscheidende Wendung der amerikanischen Politik nicht zu denken – vollends nicht in einem Jahr der Präsidentschaftswahl und dreifach nicht unter der Führung der Republikanischen Partei, die angesichts der neuen Erkrankung Eisenhowers die letzte Kraft aufbieten muß, um sich und die von ihr vertretene konservative Interessenschicht an der Macht zu halten. Die Fronten sind erstarrt, und nur ein soziales oder weltpolitisches Erdbeben könnte sie in absehbarer Zeit wieder in Bewegung bringen.

Englischer Zwiespalt So bleibt es – mit Unterstützung durch die mehr oder weniger neutralen Staaten – den Völkern *West- und Mitteleuropas* überlassen, die Gunst der Stunde zu nützen und ohne Rücksicht auf die Vereinigten Staaten – die ohne europäische Satelliten nichts machen könnten – die Wendung zur friedlichen Koexistenz mit dem «roten Osten» und den 35 Prozent der Weltbevölkerung, die er umfaßt, zu vollziehen. Sind sie dazu bereit? Wenn man Optimist sein will, kann man sagen: *Noch* nicht, aber vielleicht bald. *England* ist jedenfalls auf dem Weg dazu. Seine Wirtschaft, obwohl eine schon lange nicht mehr erlebte Hochkonjunktur genießend, weist immer stärkere Zeichen von ungesunder Aufblähung und innerer Schwäche auf, die der regierenden Partei wachsende Sorgen bereitet. Nur zu gern würde die britische Industrie die Riesenaufträge – für eine Milliarde Pfund Sterling in den nächsten fünf Jahren – ausführen, die ihr die russischen Gäste im letzten Monat in Aussicht gestellt haben – wenn nur Amerika dazu ja sagte und nicht Wehrmacht und Rüstungsproduktion anderthalb Millionen Arbeitskräfte und die entsprechende Riesenmenge von Industrieanlagen und Rohstoffen benötigten. Nur zu gern würde die britische Automobilindustrie, die schon mit verkürzter Arbeitszeit zu arbeiten begonnen hat, die Million Lastwagen und Traktoren herstellen, die die Chinesen brauchen – wenn nur wiederum die von den Vereinigten Staaten erzwungene Lieferungssperre nicht wäre. Nur zu gern würde das britische Volk seine Rüstungslast erleichtert sehen (1 500 000 000 Pfund jährlich, ein Drittel der Staatsausgaben, 9 Prozent des Volkseinkommens und 13 Schilling wöchentlich pro Kopf der Bevölkerung ausmachend) –

wenn nur einmal die an Amerika gebundene Regierung zugäbe, daß der Kalte Krieg gegen die Sowjetunion eine völlig widersinnige und dazu ruinöse Angelegenheit geworden ist. In den Reihen der Konservativen wie der Labourpartei, so schrieb unlängst Konni Zilliacus, wachse die Empfindung,

«daß der Starrsinn der Vereinigten Staaten es uns unmöglich macht, zu einer vernünftigen Abmachung mit der Sowjetunion zu kommen, uns unmögliche Rüstungslasten aufbürdet und unseren Handel drosselt, während Amerikas Politik und Ölinteressen den arabischen Nationalismus unterstützen, um uns im Mittelosten zu verdrängen ... Die Wahrheit ist, daß sich die Regierung in einem tiefen Zwiespalt befindet. Einerseits gibt Eden zu, daß auch die Russen den Frieden wollen, und behauptet, eine friedliche Koexistenz mit ihnen zu wünschen; anderseits klammert er sich an ein gewaltiges Rüstungsbudget, an den Westbund in Europa und im Mittelosten und an die Dulles-Politik ... der ‚antikommunistischen Befreiung' (die ich lieber umgekehrten Trotzkijismus, ‚dauernde Gegenrevolution', nenne). Das ist eine Politik der Einmischung und des Angriffs, die keine Grundlage für eine Verständigung liefert.»

Von dieser Macht- und Gewaltpolitik kommt Großbritannien anscheinend einfach nicht los. Das betrübendste Beispiel dafür ist gegenwärtig *Zypern*, wo sich das Beharren Englands auf unmöglichen Stellungen zu einer eigentlichen Tragödie auszuwachsen droht. Die Verbannung des zypriotischen Erzbischofs Makarios, der Terror der zur Verzweiflung getriebenen griechischen Widerstandskämpfer, der Gegenterror der Engländer unter Gouverneur Harding, der Bürgerkrieg zwischen der griechischen Mehrheit und der türkischen Minderheit, die offene Feindseligkeit der Griechen im Mutterland gegen Großbritannien – das alles hat eine Lage geschaffen, aus der nur eine großherzige Verhandlungsbereitschaft Englands friedlich herausführen kann, mit dem Ziel, innert einer genau zu bestimmenden Frist den Zyprioten die volle Selbstregierung zu gewähren. Die britische Regierung schützt zwar Lebensinteressen Englands vor, die durch die Scharfmacherpolitik Hardings und seiner Hintermänner gewahrt werden müßten; «ohne Zypern», so rief Eden kürzlich aus, «kein verläßlicher Schutz unserer Erdölversorgung; ohne Öl aus dem Mittleren Osten Arbeitslosigkeit und Hunger in Großbritannien!» Aber das glauben ihm nur wenige; bis weit in die konservativen Reihen selbst hinein ist man überzeugt, daß die sogenannten Lebensinteressen Großbritanniens – auch die mit der Verteidigung des Westens gegen einen angeblich drohenden russischen Angriff auf den Mittelmeer- und Mittelostraum zusammenhängenden – durchaus gewahrt werden könnten, auch wenn Zypern keine britische Kolonie mehr sei und Griechenland nach dem Anschluß Zyperns den Engländern freiwillig Stützpunkte auf der Insel einräume.

Die Labouropposition rückt die Zypernfrage natürlich mehr und mehr in den Mittelpunkt ihres Kampfes gegen das konservative Regime. Aber wenn auch eine Labourregierung höchst wahrscheinlich den Ausweg aus der zypriotischen Sackgasse fände, so sieht man doch nicht,

wie sie die imperialistische Gesamtorientierung Großbritanniens zu ändern vermöchte, der sie ja selbst aufs stärkste verhaftet ist. Und dieses Versagen Labours ist eine noch weit verhängnisvollere Tragödie als der Fall Zypern, der nur ein Ausschnitt aus dem Ganzen der tragischen Verwicklungen der westlichen Machtpolitik ist.

Frankreich und Algerien Was Zypern für England, das ist *Algerien* für *Frankreich*: ein krankes Glied an seinem Reichskörper – nur daß die Schuld an der Krankheit und die Gefahr für den Gesamtorganismus noch viel schwerer ist. Obgleich formell Algerien ein Teil Frankreichs selber ist, stellt es tatsächlich eine ganz gewöhnliche Kolonie dar, deren achteinhalb Millionen mohammedanischer Einwohner von der einen Million französischer und anderer europäischer Siedler und Geschäftsleute in üblicher Form ausgebeutet werden. «Algerien», so schrieb vor nicht langer Zeit der Pariser «Monde», «Algerien ist ein Land, das im Krieg steht; es ist aber auch ein Land, in dem acht Menschen von zehn, ohne tatsächlich Hungers zu sterben, in hoffnungsloser Armut verkümmern.» Von Reformen ist erst seit 1947 die Rede; vorher schlugen die Franzosen einfach alle Revolten der getretenen, verelendenden Bevölkerung nieder, eine blutiger als die andere. Und ausgeführt wurden die 1947 angekündigten Reformen auch bis heute niemals. Sogar die arabische Sprache und Kultur wurde planmäßig unterdrückt. Wie Basil Davidson in einer kleinen Schrift «Was die arabische Welt wirklich will» (London, Veröffentlichung der Union of Democratic Control) feststellen muß: «Indem die Franzosen so das Arabische unterdrücken, machen sie sich eines kulturellen Barbarentums schuldig, das ihrer ganzen hochsinnigen Überlieferung zuwiderläuft.»

Kein Wunder darum aber, daß vor allem die jüngere Generation von Algeriern – und in Französisch-Nordafrika ist fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung weniger als neunzehn Jahre alt – immer stärker in ein radikal-nationalistisches Fahrwasser geriet. Das Ergebnis ist, daß seit dem 1. November 1954 jener mit ungeheurer Wildheit geführte Kleinkrieg zwischen der heute so genannten Nationalen Befreiungsarmee und den Franzosen ausbrach, der die Franzosen zwang, bis heute schon mehr als 360 000 Mann nach Algerien zu werfen, ohne daß doch ernste Aussicht auf eine Zurückeroberung und «Befriedung» der weiten Landesteile bestünde, die unter der Herrschaft oder dem starken Einfluß der hochdisziplinierten, wenn auch fast lächerlich kleinen Guerillaarmee stehen.*

---

* Die Zahlenangaben über die französischen Metzeleien in Nordafrika, die ich in der Mai-Rundschau (Seite 254) aus dem «New Statesman» übernommen habe, wurden von Lesern des Blattes als viel zu hoch erklärt. Es stellte sich aber heraus, daß die Massaker unter der arabischen Bevölkerung von den Franzosen offiziell einfach als «militärische Operationen», ihre Opfer somit als normale Verluste des

Die französische Regierung – eine sozialistisch geführte Regierung – ist freilich überzeugt, bis spätestens Jahresende den Aufstand niederschlagen zu können, und weigert sich nach wie vor des entschiedensten, mit den «Terroristen» irgendwelche Verhandlungen anzuknüpfen. Aber mit wem will sie dann überhaupt verhandeln, wenn ihre Gewaltmethode siegreich bleibt und es an die von Mollet erneut versprochenen Reformen geht, die dem Lande doch nicht einseitig, so wie man sie in Paris ausgedacht hat, aufgezwungen werden können? Davidson spricht nur die Überzeugung aller uninteressierten Beobachter aus, wenn er sagt, «daß die Franzosen in Algerien offensichtlich keinen ‚gültigen Partner' finden können, mit dem sie verhandeln könnten – außer den Rebellen. Die Handvoll algerischer ‚Gemäßigter' beherrschen nichts und niemanden, und jedermann weiß das. Die Franzosen . . . nahmen die gleiche Haltung gegenüber Ho Chi-Minh in den ersten Jahren des Indochinakrieges ein, dieselbe Haltung auch gegenüber dem Sultan von Marokko, von dem sie sagten, sie würden ihn nie wieder seinen Thron besteigen lassen» – und der nun längst wieder darauf sitzt und als (mehr oder weniger) souveräner Herrscher mit Frankreich auf gleich und gleich verkehrt.

Die algerischen Nationalisten werden jedenfalls nicht ruhen, bis sie die völlige Unabhängigkeit von Frankreich erkämpft haben. Sie *wollen* nun einmal nicht von Frankreich aufgesaugt und ihres Arabertums beraubt werden. Ihr Traum ist, wie einer ihrer Führer, Hussein Ait-Achmed, im Gespräch mit Davidson äußerte, «die Schaffung der arabischen Nation, die Vereinigung aller arabischen Völker in irgendeiner Form engen Zusammenschlusses. Heißt es nicht in der neuen ägyptischen Verfassung, daß Ägypten ein Teil der arabischen Nation ist? Und sind wir Algerier nicht auch ein Bestandteil der arabischen Nation?» Die Befreiung von der französischen Herrschaft ist darum in den Augen der jungen Algerier nur der erste Schritt. «Der zweite wird die Bildung eines Bundes oder Bündnisses föderierter arabischer Länder sein. Bereits reden sie eifrig von dem künftigen Bund der kulturell gleichartigen (oder fast gleichartigen) Länder Tunesien, Algerien und Marokko. Sie sehen das als ihren Weg zu Frieden wie zu Freiheit und zur Wiederherstellung der Größe der arabischen Kultur an.»

Und mit der Gewinnung der vollen nationalen Unabhängigkeit wollen die Algerier auch die Durchsetzung einer radikalen Sozialreform verbinden. «Die Kolonialherrschaft», so bemerkte Hussein Ait-Achmed,

---

«Feindes» bezeichnet wurden, was natürlich auch eine Methode der Rechtfertigung von Kriegsgreueln ist. Die deutschen Militärs haben sie ja ebenfalls angewandt . . . Was aber die französischen Metzeleien auf Madagaskar betrifft, so wird die in dem Londoner Blatt angegebene Zahl der Opfer als noch viel zu niedrig erklärt. Nicht «bloß» 45 000 Madagassen seien getötet worden, sondern nach französischem Zugeständnis mindestens 80 000. Die Madagassen selber sprechen von rund 100 000 Toten auf ihrer Seite.

«hat uns furchtbare soziale Probleme hinterlassen. Wir werden den ganzen Gesellschaftsbau unseres Landes umgestalten müssen. Und natürlich werden wir die technische Hilfe Europas brauchen. Wir sind nicht gegen die Europäer und auch nicht gegen die Franzosen; wir sind gegen automatische Vorrechte für die Europäer. Wir sind gegen den Kolonialismus.»

Es ist ein Jammer, daß die Regierung Mollet das nicht einsieht (oder zugeben will), vielmehr ihre Algerienpolitik mehr und mehr nach den Wünschen des Kolonialfaschismus richtet und immer offenkundiger die Gefangene der Rechten wird. *Ein* Grund dafür ist ihr Wille, um keinen Preis mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und von ihrer Unterstützung abhängig zu sein; ein anderer ihr Wunsch, die Verbindung mit den Vereinigten Staaten nicht zu verlieren, die wie in Indochina, so auch in Nordafrika ein «starkes» Frankreich als wichtige Stütze ihrer antikommunistischen Weltpolitik brauchen. Wohl hat sich Frankreichs Außenminister Pineau eben jetzt wieder für die Förderung der internationalen Entspannung und einen Abrüstungsvertrag ausgesprochen, aber gleichzeitig betonte er eben auch die Treue Frankreichs zur NATO und die Notwendigkeit der «amerikanischen Anwesenheit» in Europa, das heißt der amerikanischen Besatzungsarmee in Westdeutschland und der amerikanischen Militärstützpunkte in West- und Südeuropa. Es ist der gleiche Zwiespalt, der auch Englands Außenpolitik kennzeichnet und lähmt, und wiederum sind es auch in Frankreich die Sozialdemokraten, die nicht die Kraft haben, ihn zu überwinden und eine amerikafreie, wirklich *europäische* Politik in die Wege zu leiten.

Deutsche Unbelehrbarkeit Schließlich aber – wie steht es mit der Erfüllung dieser Aufgabe in *Deutschland*, vor allem in Westdeutschland? Von der Starrheit des Bundeskanzlers Adenauer, der als neuer Ehrendoktor der Yale-Universität die Wendung der Sowjetpolitik als bloßes Einschläferungsmanöver «enthüllte», war schon die Rede. Ähnlich äußerte sich Adenauer – zum großen Wohlgefallen der Amerikaner – auch bei anderen Gelegenheiten, so an einer Pressekonferenz in Washington, wo er sich gegen den von Bulganin angeregten Abbau der Besatzungsarmeen auch in Westdeutschland wandte mit der Begründung, daß ein Abzug der westlichen Streitkräfte nur «einer Einladung an die Sowjets zum Einmarsch in Westeuropa gleichkäme». Mit besonderer Befriedigung wird in der Bundesrepublik hervorgehoben, daß sich die amerikanische Regierung neuerdings der Adenauerschen These angeschlossen habe, die russischen «Versprechen und Versicherungen» könnten erst dann ernster genommen werden, wenn die Sowjetunion durch «freie Wahlen» in Ostdeutschland (die selbstverständlich zum Anschluß Ostdeutschlands an die kapitalistisch-klerikal regierte Bundesrepublik füh-

ren müßten) «die brutale und unnatürliche Teilung, die sie Deutschland aufgezwungen habe», beendige.

Wie sogenannte Realpolitiker der Sowjetunion zumuten können, zur Vorschiebung der amerikanischen Militärgrenze bis an Oder und Neiße selbst Hand zu bieten (denn darauf liefe ja ein Anschluß Ostdeutschlands an den Westen gegenwärtig hinaus), ist schwer erklärbar. Aber der Großteil der öffentlichen Meinung in Westdeutschland findet dieses Begehren immer noch durchaus in der Ordnung, hält sogar unentwegt an der Notwendigkeit einer Zurückgewinnung der jetzt unter polnischer, russischer und tschechoslowakischer Herrschaft stehenden ehemaligen Ost- und Südostgaue Deutschlands fest. Zwar regt sich die Kritik an der Außenpolitik der Bonner Regierung, an ihrer planmäßigen Durchkreuzung aller Entspannungsbemühungen und an ihrem Aufrüstungseifer auch in Westdeutschland immer lebhafter. «Gegen die weltpolitische Entspannung», so schrieb beispielsweise der Außenpolitiker der «Stuttgarter Zeitung», Dieter Cycon, letzthin (26. Mai),

«wollen der Bundeskanzler und Außenminister von Brentano sich offenbar entschieden zur Wehr setzen. Das letzte Anzeichen dafür war die unglückliche Kölner Äußerung des Bundeskanzlers, in der er die Sowjetunion zu ‚unserem Todfeind' proklamierte – im gleichen Augenblick, in dem Königin Elisabeth einen Brief an ‚Ihren guten Freund', den Staatspräsidenten Woroschilow, schreibt. Der Gedanke einer allgemeinen Rüstungsverringerung scheint wie ein Alb auf der Bonner Politik zu lasten. Wer immer von friedlicher Koexistenz, Abrüstung und ‚Entspannung vor Wiedervereinigung' spricht – Mollet und Pineau, Eden, Tito und Churchill –, fordert das Mißfallen und ein belehrendes Wort aus Bonn heraus. Kein Zweifel, der Außenminister wird dabei von einem hohen Verantwortungsbewußtsein geleitet. Er ist der Ansicht, daß die temperierte Spannung und die Fortdauer des begrenzten Wettrüstens einen Druck auf die Sowjetunion ausüben, der sie schließlich geneigt machen könnte, der Ostzone den Anschluß an das westliche Bündnissystem zu ermöglichen. Das Unglück ist, daß diese Ansicht ohne jede Logik scheint.»

Auch der westdeutschen Aufrüstung, so meint Cycon, sei durch die sowjetische Abrüstung das Moment der Dringlichkeit genommen worden:

«Denn wenn – um der Argumentation von Außenminister Dulles und der Bundesregierung zu folgen – die Sowjetunion im Atomzeitalter 1,8 Millionen Mann entlassen kann, *ohne* militärisch schwächer zu werden, dann müssen im Atomzeitalter auch die Westmächte in der Lage sein, ihre Erdtruppen zu verringern, ohne ihre Verteidigungskraft zu schwächen, und dann kann auch die Stärke der deutschen Landstreitkräfte auf einem niedrigeren Niveau als bisher vorgesehen begrenzt werden. Zum zweiten beweist die Tatsache, daß Rußland heute dreieinhalbmal soviel Soldaten entlassen kann, als wir aufzustellen planen, daß unsere 500 000-Mann-Armee im Wasserstoffbombenzeitalter als Pressionsmittel zur Erlangung der Wiedervereinigung gänzlich ungeeignet ist.

Welchem höheren Zweck also sollen dann Fortdauern der Spannung und Aufrüstung dienen?»

Die sich aufdrängende Antwort, daß Bonn und Washington eben immer noch an den Erfolg einer *Kraftprobe* glauben, vor die sie die

Sowjetunion stellen könnten, wagt natürlich der Stuttgarter Beobachter nicht zu geben, aber nicht wenige Westdeutsche geben sie dennoch. Nur haben sie eben nicht viel zu sagen – oder sie *wollen* nichts zu sagen haben, schrecken zum mindesten vor der Folgerung zurück, die sie aus ihrer Überzeugung ziehen müßten: die Einigung Deutschlands durch klare Abkehr vom westmächtlichen Militärsystem und durch Deutschlands Eingliederung in eine Ordnung gemeineuropäischer Friedenssicherung (mit amerikanischer Beteiligung) zu fördern. Im besonderen sind es die Sozialdemokraten, die – ewig hin- und herschwankend – zu keiner sauberen, konsequenten Haltung fähig scheinen. Bertrand Ferney hat schon recht, wenn er im «Observateur» (24. Mai) schreibt:

«Trotz kategorischen Erklärungen gegen den Militärdienst bewahrt die Sozialdemokratie eine zögernde Haltung. Der rechte Flügel der Partei, der von der großen Koalition mit den Christlichdemokraten für die Zeit nach den Wahlen von 1957 träumt, will nur eine platonische Opposition machen und wünscht, daß der Militärzwang, dieses Haupthindernis zwischen der Sozialdemokratie und der Kanzlerpartei, noch in der gegenwärtigen Amtsdauer beschlossen werde.

Das gleiche Zögern herrscht bei den Sozialdemokraten in bezug auf Verhandlungen mit dem Osten. Immer noch nicht wollen Parteipräsident Ollenhauer oder gar eine sozialdemokratische Abordnung das Beispiel ihrer britischen und französischen Genossen nachahmen und in Moskau die sowjetischen Absichten erforschen. Aus lauter Angst, als Handlanger des Kommunismus erklärt zu werden, wollen sich die Sozialdemokraten nicht vergebens bloßstellen oder bestenfalls mit leeren Händen zurückkommen, um dem beißenden Spott des alten Kanzlers ausgesetzt zu sein...»

Und so auf der ganzen Linie: Halbheiten, Zögerungen, Zweideutigkeiten. Wie soll da der verhängsschweren Politik Adenauers und seiner Anhänger – der Koalition von Großkapital, Nationalismus und Klerikalismus – eine wirksame Gegenkraft erwachsen können, die den Weg zur friedlichen Konkurrenz von Ost und West an dieser entscheidenden Stelle freizumachen imstande wäre?

Vorläufige Bilanz Das Gesamtbild der Weltlage bleibt so ganz uneinheitlich. Fest steht, daß sachlich genommen die berühmte Politik der Stärke des Westblockes versagt hat. Der große Plan, durch eine gewaltige Anhäufung militärischer Machtmittel die Sowjetunion zur Kapitulation zu zwingen und darüber hinaus den Fortgang der sozialen Revolution in der Welt zu verhindern, ist gescheitert und hat infolge der neuen Kriegstechnik, die auch den Ostländern zu Gebote steht, auch keinerlei Aussicht auf Gelingen mehr. Die Verlagerung des Kalten Krieges auf das wirtschaftliche Gebiet aber bietet dem kapitalistischen Westen auch keine besonders günstige Chance, sowohl wegen der inneren Schwäche und Widersprüchlichkeit der Profitwirtschaft, die schwerlich die Sympathie der unterentwickelten Völker gewinnen wird, als wegen der wachsenden Stärke der sozialistischen Planwirtschaft, wie sie in den Oststaaten entwickelt

wird. Die beängstigenden Probleme, die sich dem kapitalistischen System stellen, sind der sozialistischen Wirtschaft entweder fremd oder doch von ihr viel leichter lösbar (ohne daß deswegen die ihr selbst innewohnenden Schwierigkeiten und Hemmungen verkannt werden sollen). Überproduktion gibt es auf alle absehbare Zeit im Sozialismus nicht; Technisierung und Automatisierung drohen nicht zu Massenarbeitslosigkeit zu führen; die Nutzbarmachung neuer Kraftquellen, besonders der Atomenergie, wird nicht durch Gewinnrücksichten aufgehalten; Kriegsrüstungen sind kein Mittel zur Stützung der Wirtschaft, sondern nur eine schwere Hypothek. Und so weiter.

Aber gerade diese Aussichtslosigkeit der kapitalistisch-konservativen Sache könnte ihre Vorkämpfer zu einem letzten verzweifelten Versuch reizen, das Unvermeidliche doch noch zu verhindern und den so lange vorbereiteten Gewaltschlag trotz allem zu führen. Die den Kriegsrüstungen innewohnende Dämonie drängt ja ohnehin zur endlichen Ingangsetzung des riesenhaften, weltumspannenden Militärapparats, den man mit solch beispiellosen Kosten und Mühen aufgebaut hat. Und daß für zahllose westliche Menschen, besonders in den wirtschaftlich und kulturell gehobenen Schichten, nach wie vor «die Sowjetunion der Todfeind ist», wie das Adenauer unlängst wieder verkündet hat, das kann die dunklen Kräfte, die auf die Weltzerstörung hinarbeiten, nur ermutigen und begünstigen. Unsere ganze moderne Kultur ist ja derart gottfern und untermenschlich geworden, daß sie ein grauenhaftes Weltgericht beinahe herausfordert.

Wir sind also noch lange nicht über dem Berg – trotz aller Überwindung schwerer Hindernisse, die uns im Weg standen. Aber wir dürfen doch *hoffen*, daß es jetzt im ganzen vorwärts geht, wenn auch mit Rückschlägen und Niederlagen, die uns nicht erspart bleiben werden, und müssen unverdrossen unsere Arbeit weiter tun im festen *Glauben*, daß auch die «kleine Herde», die in allen Ländern sich um den Hirten schart, eine große Kraft ist, wenn sie nur treu ist und wach bleibt.

15. Juni *Hugo Kramer*